



# Geht Klimaschutz nur für Reiche?

Bald können Arme nicht mehr Auto fahren: Mit diesem Argument werden viele Massnahmen torpediert. Dabei gibt es Wege, die Klimapolitik für alle tragbar zu machen.

TEXT: TINA BERG | ILLUSTRATIONEN: CORINNA STAFFE

INFOGRAFIK: BEOBSACHTER/SEE | QUELLE: BFS

**I**ch fahre nicht mit dem Auto zur Arbeit, weil es mir Spass macht. Sondern weil ich nicht anders kann», sagt Ivanka Gorgievska. «Lieber nähme ich den Zug.» Die alleinerziehende Mutter aus Bad Ragaz lebt knapp über dem Existenzminimum. Dreht jeden Rappen zweimal um. Für ihre Arbeit im Coop Pronto in Chur muss sie spätestens um fünf Uhr vor Ort sein. So früh fährt kein Zug. Sie ist aufs Auto angewiesen.

Umgekehrt ist das Klima darauf angewiesen, dass die schädlichen Emissionen im Verkehr rasch drastisch zurückgehen.

Armut und Klimaschutz lassen sich nicht unter einen Hut bringen, Klimaschutz ist zu teuer – diese Meinung hält

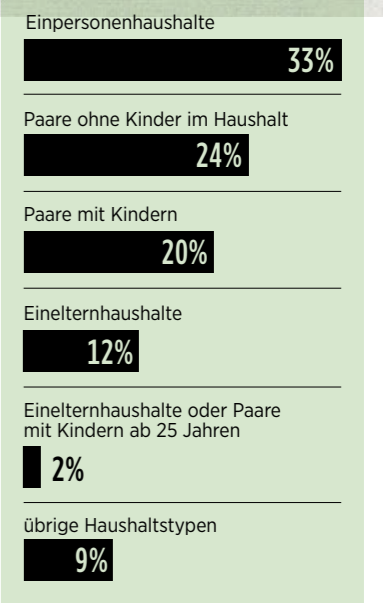
sich hartnäckig. Muss man sich zwischen dem Wohl von Ivanka Gorgievska und jenem des Planeten entscheiden?

Nein, sagt Aline Masé, Leiterin Sozialpolitik bei Caritas Schweiz. «Wirksamer Klimaschutz und Armutsbekämpfung schliessen sich nicht aus, im Gegenteil.» Haushalte mit geringem Einkommen trügen weniger dazu bei, dass sich das Klima erhitzte – zugleich belasteten sie die Auswirkungen aber auch stärker. Klimaschutz helfe deshalb den Armen, wenn er richtig ausgestaltet sei. Auch in der Klimastrategie des Bundesrats ist vorgegeben: Sozialverträglich muss sie sein.

Das war die Benzinststeuer, die der französische Präsident Emmanuel Macron Ende 2018 einführen wollte, offenbar

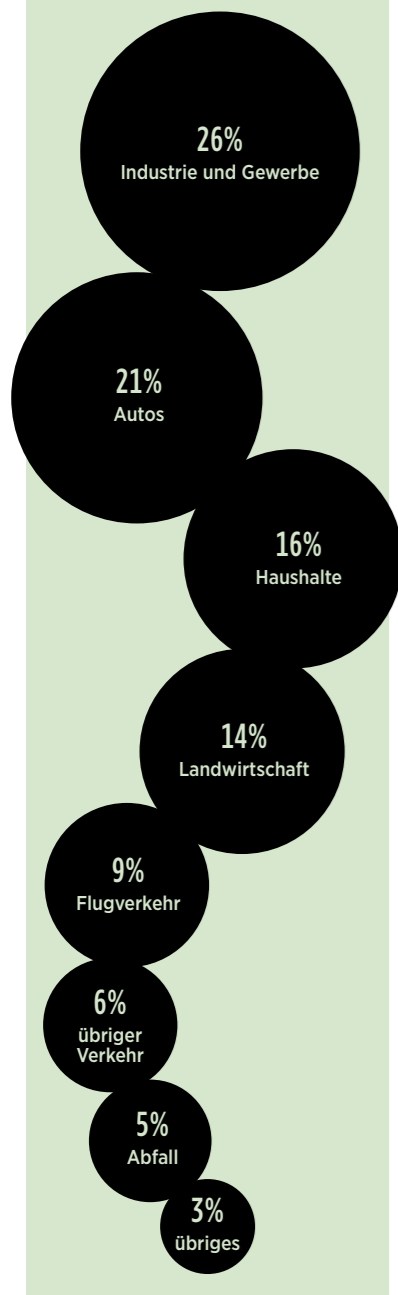
## 720 000 Personen

leben in der Schweiz unter der Armutsgrenze – 8,5 Prozent der Bevölkerung. So wohnen sie:



## 45 Millionen Tonnen Treibhausgas

verursachte die Schweiz 2020. Autos und Haushalte trugen 37 Prozent dazu bei.



nicht: Sie traf vor allem sozial Schwächere, die aufs Auto angewiesen waren. Die folgenden Gelbwesten-Demos und Krawalle jagten vielen einen gehörigen Schreck ein. Regierungen

in aller Welt fragten sich: Passiert das auch bei uns, wenn wir versuchen, mit der Klimapolitik vorwärtszumachen?

«Die Frage nach den sozialen Folgen von Klimaschutz beeinflusst die Schweizer Politik bereits», sagt Isabelle Stadelmann-Steffen, Professorin für Politikwissenschaften an der Uni Bern. «Bei der Abstimmung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz war «Auto fahren nur noch für Reiche?» das Hauptargument der Gegner. Und genau solche Argumente – ob sie nun stimmen oder nicht – haben eine grosse Schlagkraft.»

**Was heisst «Energiearmut»?** Die Gegner haben – vielleicht ohne es zu wissen – mit der Energiearmut argumentiert. Im Ausland ist Energiearmut längst ein Begriff. 36 Millionen Menschen konnten 2020 in Europa ihre Wohnung nicht angemessen heizen. Die EU definiert Energiearmut so: Sie entstehe aus einer Kombination von niedrigem Einkommen, daran gemessen hohen Energiekosten und geringer Energieeffizienz, insbesondere von Gebäuden. Die aktuelle Krise zeigt, dass steigende Energiekosten auch in der Schweiz ein Armutsrisiko sind (siehe Seite 20).

In der Schweiz war Energiearmut bisher kaum ein Thema, sagt Stadelmann-Steffen. «Das mag auch damit zusammenhängen, dass wir eine gute Infrastruktur haben und einen allgemein hohen Standard. Kaum jemand wusste bis vor ein paar Monaten, wie viel er oder sie für Strom zahlt. Weil Energie einfach billig war.» In der aktuellen Krise könne Energiearmut aber akut werden.

Die sozialen und finanziellen Folgen der Energiewende für verletzte Gruppen würden zu oft ausser Acht gelassen, stellte das Bundesamt für Wohnungswesen in einer Studie 2019 fest. «Der blinde Fleck der Energiewende liegt in der Fokussierung auf ökologische und ökonomische Ziele», heisst es im Fazit. Eine Politik, die auch soziale Faktoren berücksichtigt, sei das einzige Mittel, eine gerechte Energiewende zu erreichen.

Einigermassen sozialverträglich ist heute, dass alle Geld aus dem Topf der CO<sub>2</sub>-Abgaben auf Brennstoffe zurückgehalten. Kaum jemandem ist das allerdings bewusst. Die Rückzahlung erfolgt über die Krankenkassen, der Betrag – aktuell rund sieben Franken pro Person und Monat – ist auf jeder Police ausgewiesen.

## «Es braucht flankierende Massnahmen, um die Mehrbelastung abzufedern.»

Aline Masé, Leiterin Sozialpolitik bei Caritas Schweiz

Das mag relativ wenig sein, für eine vierköpfige Familie kommen so aber mehr als 300 Franken pro Jahr zusammen.

Was ist sozialverträglicher Klimaschutz? Das Hilfswerk Caritas gehört hierzulande zu den wenigen, die sich intensiv damit befassen. Eine gerechte Klimapolitik müsse zwei Grundsätzen genügen:

- Leute in prekären finanziellen Verhältnissen dürfen durch notwendige klimapolitische Massnahmen insgesamt nicht zusätzlich finanziell belastet werden. Man soll sie prinzipiell entlasten. Nicht zuletzt, weil die rund 720 000 Armutsbetroffenen notgedrungen klimafreundlicher leben als der reichere Teil der Gesellschaft.

- Auch Personen mit geringem Einkommen müssen die Möglichkeit haben, aktiv klimaschonend zu handeln. Caritas nennt das «klimafähig sein».

Menschen mit wenig Geld wohnen zum Beispiel häufig in alten und schlecht gedämmten Mietwohnungen und können ihren Energieverbrauch nicht selber mit Investitionen beeinflussen. Armutsbetroffene können auch nicht immer klimafreundlich konsumieren, zum Beispiel Bioprodukte. Obwohl diese durchaus beliebt wären, zeigt ein Besuch im Caritas-Markt in Oerlikon. «Die Sensibilisierung ist da, die Wahl nicht», sagt Mitarbeiter Philipp Jänerwein. Es werde zwar selten nach Bioprodukten gefragt. Wenn sie sie aber im Laden hätten, würden sie nicht schlecht laufen. Marktleiter Marco Callegari sagt sogar, dass ein Ökawaschmittel «wie warme Weggli» lief, als sie es mal im Angebot hatten. Obwohl es doppelt so teuer war. Es habe ihn überrascht, wie deutlich die Leute auf Öko setzten, wenn sie die Wahl hätten.

«Die zwei Grundsätze «keine Mehrbelastung» und «Klimafähigkeit» bedeuten nicht, dass es keine Verbote und Preiserhöhungen mehr geben darf», sagt Aline Masé. «Die sind für eine wirksame Klimapolitik oft schlicht nötig.» Es brauche aber flankierende Massnahmen, um die Mehrbelastung abzufedern.

**CO<sub>2</sub>-Abgabe ist am gerechtesten.** Doch was sind soziale Massnahmen, und welche sind unsozial? Staatliche Förderprogramme für Sanierungen, für den Ersatz fossiler Heizungen oder für Elektroautos sind zum Beispiel nicht besonders sozial, auch wenn sie gut fürs Klima sind. Alle



INFOGRAFIK: BEOBACHTER/SEE | QUELLE: BAFU

zahlen die Subventionen dafür über ihre Steuern – aber es profitieren vor allem Hausbesitzer oder Leute, die sich einen Neuwagen leisten können. Das sind keine Armutsbetroffenen.

«Ganz anders ist es, wenn man CO<sub>2</sub> mit einem Preis versieht – also Abgaben auf Brenn- und Treibstoffe erhebt», sagt Florian Landis, Ökonom an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Man nennt solche Massnahmen Lenkungsabgaben. Sie sollen in die gewünschte, klimafreundliche Richtung lenken. Heute gibt es hierzulande nur Abgaben auf Brennstoffe wie Heizöl oder Gas.

«Eine solche CO<sub>2</sub>-Abgabe ist sozialverträglich. Denn die über die Kranken-

kasse rückerstatteten Beiträge aus dem CO<sub>2</sub>-Abgaben-Topf sind für alle gleich hoch», sagt Landis. Bei Haushalten mit geringem Einkommen sei der Betrag im Vergleich zum Einkommen grösser. Zudem werde klimaschonendes Verhalten belohnt. «Einkommensschwache und sparsame Haushalte erhalten tendenziell über die Rückerstattung gleich viel oder sogar mehr Geld, als sie mit der Abgabe zusätzlich ausgeben», sagt Landis. «Es ist wichtig, dass das sichtbar ist, dass der Betrag hoch genug ist und die CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht als zusätzliche Steuerlast empfunden wird.»

Heute werden zwei Drittel der CO<sub>2</sub>-Abgabe rückverteilt, der Rest fliesst ins Gebäudeprogramm. «Am meisten Geld

für die Abfederung von Härtefällen gäbe es, wenn der ganze Topf an die Bevölkerung rückgezahlt würde», sagt Landis.

**Vorteile für eine Mehrheit.** Eine Treibstoffabgabe ist zurzeit politisch kein Thema. Sie wäre aber sozialverträglich, sagt auch Martin Winder vom Verkehrsclub der Schweiz. Berechnungen zeigen: Wenn die Abgabe vollständig rückverteilt würde, würden 55 Prozent der Haushalte unter dem Strich profitieren.

Wenn Auto- oder Zugfahren teurer werden, kann das Arme aber doppelt ausgrenzen – im Sozialleben und im Beruf. Ivanka Gorgievska zum Beispiel spürt Schwankungen beim Benzinpreis wie in den letzten Monaten sofort im

# Wer hilft in der Krise?

**ENERGIEKOSTEN UND INFLATION.** Viele fürchten massiv steigende Preise und hohe Ausgaben für Heizen und Strom. Was tun die Kantone, der Bund und Hilfswerke für Menschen in Geldnot?

Für die Nebenkosten aufkommen – oder doch für das Schullager der Kinder? Viele Familien werden noch diesen Winter vor solchen Entscheidungen stehen. Fabienne Widmer von Pro Infirmis erzählt von einer aus Bern: Die Mutter habe eine IV-Rente, der Vater sei Hilfsarbeiter im Schichtbetrieb. Weil der Lohn nicht reiche, beziehen sie Ergänzungsleistungen (EL). Und jetzt das: Inflation, Energiekrise, starke Erhöhung der Krankenkassenprämien. «Unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Sozialberatung beobachten eine grosse Verunsicherung und vermehrte Beratungsanfragen», sagt Widmer.

Teilweise sind die höheren Preise bereits spürbar. Gepfefferte Rechnungen für Nebenkosten flattern womöglich erst in einigen Monaten ins Haus. Klar ist aber: Viele machen sich jetzt schon Sorgen, wie sie über die Runden kommen sollen. Was wird für Menschen getan, die jetzt in finanzielle Not geraten?

**Effektive Kosten übernehmen.** Sozialhilfebezüger sollen wegen Mietnebenkosten keine Probleme bekommen. Deshalb empfiehlt die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) den Sozialämtern in der aktuellen Situation, die effektiven Heiznebenkosten zu übernehmen. Die Mehrheit der Kantone folgt dieser Empfehlung, sagt Skos-Sprecherin Ingrid Hess. Man erarbeite zudem ein Merkblatt zum Thema Stromkosten: «In diesem Bereich braucht es Lösungen auf Gemeindeebene, weil die Tarife sehr unterschiedlich sind.»

Für Menschen mit knappen Mitteln, die bislang keine staatlichen Gelder erhielten, könnte es jetzt eng werden. Oft wenden sie sich für Unterstützung zuerst an private Hilfswerke. Die Winterhilfe Kanton Glarus hat zum Beispiel 50 000 Franken gesprochen, um Armutsbetroffenen bei den Nebenkosten zu helfen. «Mit Sorge beobachten wir, wie die derzeitige Situation viele Menschen, die am Rande der Armutsgrenze leben, in noch grössere Bedrängnis bringt», sagt Esther Güdel von der Winterhilfe. Man erhalte aus verschiedenen Regionen die Rückmeldung, dass die Nachfrage nach Unterstützung deutlich zugenommen habe.

**Angst vor der Verschuldung.** Die Sozialberatungen der Caritas registrieren ebenfalls einen Anstieg bei den Anfragen. Laut Mediensprecherin Livia Leykauf würden viele erst dann Hilfe holen, wenn die Rechnungen konkret vorliegen – das könne bei den Nebenkosten noch dauern. Es hätten aber auch schon Leute mit doppelt so

hohen Stromrechnungen angerufen. «Die Erfahrungen aus der Corona-Zeit zeigen, dass viele zuerst ihre bescheidenen Rücklagen aufzehren, bevor sie Hilfe suchen», sagt Leykauf. Oft könnten schon 100 Franken sehr budgetbelastend sein, und viele hätten Angst, sich zu verschulden. Caritas spreche finanzielle Überbrückungsbeiträge und gebe Lebensmittelgutscheine ab.

Eine Umfrage des Beobachters bei allen Kantonen ergibt, dass man die effektiven Mietnebenkosten übernehmen will – zuständig für die Einzelfälle sind meist die Gemeinden. So haben etwa Freiburg und Schaffhausen Mitte September auf der Grundlage der Skos-Empfehlungen ein Schreiben an alle regionalen Stellen geschickt. Viele Sozialdienste arbeiten mit privaten Hilfswerken zusammen, um jenen zu helfen, die knapp über der Sozialhilfe leben, aber keine Reserven haben. Das bewähre sich jetzt, heisst es etwa aus dem Thurgau.

**Voller Teuerungsausgleich ab 2023.** Die Sozialhilfe liegt in der Hoheit der Gemeinden und Kantone – Massnahmen bei IV, AHV und Ergänzungsleistungen sind Sache des Bundes. Im Mai berief der Bundesrat eine interdepartementale Arbeitsgruppe ein, eine Taskforce, die analysieren sollte, welche Auswirkungen die hohen Energiepreise auf Haushalte und Wirtschaft haben. Nach einer ersten Analyse befand der Bundesrat im Sommer, es gebe keinen Bedarf für sofortige Massnahmen. Im Oktober wird die Arbeitsgruppe die neuen Ergebnisse dem Bundesrat vorlegen (das ist bis Redaktionsschluss nicht geschehen). Es werde um Massnahmen gehen, die in den Strommarkt eingreifen, sagt ein Sprecher. Zudem prüfe man, ob staatliche Entlastungen bei Härtefällen nötig seien.

Mittlerweile ist Bewegung in die nationale Politik gekommen: Das Parlament hat in der Herbstsession beschlossen, dass AHV-Bezüger spätestens ab 2023 den vollen Teuerungsausgleich erhalten. Das gilt auch für IV-Renten und Ergänzungsleistungen.

Die Skos hatte bereits zuvor angekündigt, eine Anpassung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe in der gleichen Höhe zu empfehlen, wie der Bundesrat es für AHV, IV und EL mache. Man erwarte den bundesrätlichen Entscheid im Oktober. Am 11. November würden die Sozialdirektorinnen und -direktoren der Kantone über die Empfehlung entscheiden.

Auch die Stiftung SOS Beobachter leistet Einzelfallhilfe für Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen: [www.beobachter.ch/sos-beobachter](http://www.beobachter.ch/sos-beobachter)

Portemonnaie. Trotzdem will sie ihre Kinder nicht aus ihrem Umfeld reissen, obwohl sie anderswo bessere Transportmöglichkeiten hätte. «In Zürich zum Beispiel hat man überallhin eine Verbindung. Hier im Dorf nicht.»

Zuerst müsse der Staat dafür sorgen, dass Alternativen zum Auto überhaupt vorhanden sind, auch in Randregionen und Berggebieten, sagt Aline Masé. Als flankierende Massnahmen schlägt Caritas Schweiz finanzielle Unterstützung für Personen mit wenig Geld vor, etwa einkommensabhängige ÖV-Subventionen oder eine einkommensabhängige Besteuerung von Mobilität.

**Mieter bei Sanierungen schützen?** Neben dem Verkehr sind schlecht gedämmte Häuser und fossile Heizungen ein Sorgenkind der Klimapolitik. Das Klima ist darauf angewiesen, dass zügig und viel saniert wird. Nur: «Häufig wird der Mietzins nach einer Sanierung stärker erhöht, als die Nebenkosten durch die bessere Dämmung sinken», sagt Masé. Günstiger Wohnraum müsse deshalb zwingend gefördert werden. «Und es braucht Vorgaben, die die Leute davor schützen, aus ihren Wohnungen verdrängt zu werden.» Zum Beispiel dass Mietkosten nach energetischen Sanierungen höchstens so weit steigen dürfen, wie die Nebenkosten sinken.

Wegen einer Initiative des lokalen Mieterverbands hat Basel-Stadt mit dem Wohnschutzgesetz seit November 2021 eine vergleichbare Regelung. Der Schweizerische Mieterverband fordert gar einen Kündigungsschutz, wenn mit Subventionen Häuser saniert werden.



Davon hält der Hauseigentümergeverband (HEV), der sich stark für ein Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz eingesetzt hat, gar nichts. «Wenn man die Auszahlung von Fördergeldern für energetische Sanierungen mit verschärften Kündigungsbestimmungen verbände, wäre das absolut sachfremd», sagt Stefan Aeschi vom HEV. Im Gegenteil, das berge die Gefahr, dass das erfolgreiche

Gebäudeprogramm weniger attraktiv und im Extremfall abgewürgt werde. Bei Sanierungen ohne Fördergelder wären solche Vorgaben dann unwirksam, das führe am Ende zu noch höheren Mietzinsen. Eigene sozialverträgliche Vorschläge hat der Verband nicht.

Wie man mit Armutsbetroffenen umgeht, gerade auch in Abstimmungskämpfen, findet Mieterin Verena Wolf

INFOGRAFIK: BEOBACHTER/SEE | QUELLE: BFS



WIR GEHEN  
AUF NUMMER  
SCHÜSSLER.

Und Du?



LASS DICH IN DEINER DROGERIE ODER APOTHEKE BERATEN.



Biochemische Mineralstoffe nach Dr. Schüssler

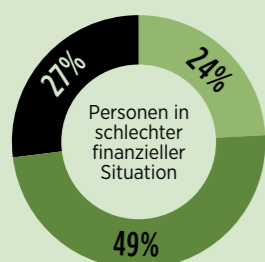
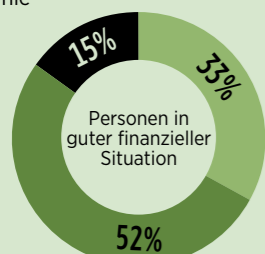
Dies sind zugelassene Arzneimittel. Lesen Sie die Angaben auf der Packung. Omida AG, 6403 Küssnacht am Rigi.



## Reiche fliegen häufiger

So oft steigt die Bevölkerung ins Flugzeug:

- mehrmals pro Jahr
- einmal pro Jahr oder weniger
- nie



schlimm: «Ich bin wütend, wenn Leuten mit geringem Einkommen Angst eingeflösst wird. Das ist verwerflich und unseriös.» Die 71-jährige, gehbehinderte Witwe aus Basel hat eine

unfreiwillige Odyssee hinter sich: Sie suchte zwei Jahre lang eine Wohnung ohne Treppen. Dann fand sie eine wunderschöne Alterswohnung. Nach einem Jahr wurde sie aber Opfer einer Massenkündigung. «Ich dachte: Hier bleibst du, bis du rausgetragen wirst! Wenn man ein gewisses Alter erreicht hat, mag man nicht mehr umziehen.» Ihre nächste Bleibe wurde ein weiteres Jahr später saniert und war danach endlich gut isoliert, das sei tatsächlich ein Riesengewinn. Doch der Weg dahin war der Horror. Die Miete solle jetzt um rund 200 Franken steigen, das sei aber noch nicht definitiv. Verena Wolf wird das spüren – sie braucht gerade knapp noch keine Ergänzungsleistungen.

**Arme als Alibi.** Die Sorgen von Ivanka Gorgievska und Verena Wolf teilen viele andere in der Schweiz. Aline Masé von der Caritas findet es stossend, dass sie als

## «Ich dachte: Hier bleibst du, bis du rausgetragen wirst! Dann kam die Kündigung.»

Verena Wolf, 71, Mieterin

Alibigenutzt werden: «Armut wird instrumentalisiert, damit man keinen Klimaschutz betreiben muss. Das ist politisch motiviert und kommt immer, wenn inhaltliche Argumente fehlen.»

Mitte September 2022 präsentierte der Bundesrat nun einen neuen Vorschlag für ein CO<sub>2</sub>-Gesetz. Was auffällt: Gegenüber heute schwächt der Bundesrat die Sozialverträglichkeit teils sogar ab, statt sie zu stärken – indem er weniger an die Bevölkerung rückverteilen will als bisher. Aus dem Geldtopf, der von der Brennstoffabgabe gefüllt wird, soll künftig statt zwei Dritteln nur noch die Hälfte an Bevölkerung und Wirtschaft zurückgehen.

Das Bundesamt für Umwelt begründet die Verschiebung damit, dass dieses Geld wiederum zugunsten der Bevölkerung eingesetzt werde, indem mehr Gebäude saniert werden könnten. Damit würden die Heiznebenkosten der dort wohnhaf-

ten Familien sinken. Zudem sehe das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz vor, die Fernwärmenetze schneller auszubauen sowie internationale Nachtzüge und die Ladeinfrastruktur für Elektroautos zu fördern. Es solle auch mehr Elektrobusse für den ÖV geben.

Politologin Isabelle Stadelmann-Stefen findet, das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz berücksichtige die letztjährige Ablehnung fast zu stark: «Dass man auf jegliche neuen Abgaben verzichtet, finde ich problematisch. Die Diskussion dazu war noch nicht weit fortgeschritten, und man kann nicht einfach «den Abgaben» die Schuld am Nein geben.» Zumal sie laut Studien die Kosten sozial gerechter umverteilen als Subventionen. «Insofern ist der Vorschlag des Bundesrats für mich ein Beispiel dafür, dass man sozialpolitische Aspekte aktuell nicht differenziert genug einbezieht.»

**Die EU macht's vor.** Es ginge auch anders. 2021 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Plan für ein Klimapakete. Mit ihm soll auch ein Klima-Sozialfonds geschaffen werden, um verletzte Gruppen zu unterstützen. Über 72 Milliarden Euro sollen zwischen 2025 und 2032 in die Stärkung der Sozialverträglichkeit des

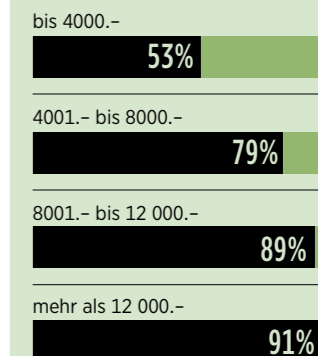
Klimaschutzes fliessen. Derzeit wird über die Einführung des Pakets verhandelt. In der EU sei die Diskussion um Entlastungen für weniger Begüterte in der Klimapolitik total wichtig, so Johanna Cludius, die am Öko-Institut in Berlin zu diesem Thema forscht. «In Deutschland beschäftigt man sich leider noch zu wenig damit.»

In der EU gibt es schon einige nationale Finanzierungsprogramme, die speziell auf Energiearmut ausgerichtet sind. Besonders bei Gebäuden, denn Wohneigentum ist oft viel weiter verbreitet als hierzulande. In Frankreich etwa werden einkommensschwache Hauseigentümer gezielt bei Sanierungen unterstützt. Mit der Aktion «Sauber heizen für alle» hilft Österreich den Ärmsten beim Umstieg auf klimafreundliche Technologien.

Es sei ein sehr politisiertes Thema, sagt Johanna Cludius. «Aber verletzte Haushalte sind sowieso stärker vom Klimawandel betroffen. Es ergibt also gar keinen Sinn, Arme und Klimaschutz gegeneinander auszuspielen.» Diese politische Taktik verfange zwar gut, zeige deshalb aber umso deutlicher auf, dass man alle mitnehmen und gezielt schauen müsse, wohin das Geld fliesst.

## Mehr Geld, mehr Autos

Nur rund die Hälfte der Haushalte mit geringem Einkommen besitzt ein Auto.



Mehr zum Thema Klimaschutz bezüglich Mobilität, Konsum und Wohnen finden Sie im Video unter [www.beobachter.ch/skp](http://www.beobachter.ch/skp)

INFOGRAFIK: BEOACHTER/SEE | QUELLE: BFS

Kontaktieren Sie mich für eine unverbindliche, kostenlose Fachberatung.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

QR-Code scannen oder Coupon einsenden an:  
4B AG | Sales Service  
An der Ron 7 | 6280 Hochdorf



\* Das Angebot ist nicht mit anderen 4B Rabatten kumulierbar und gilt nur für Privatkunden mit Direktbezug bei 4B und nur für eine begrenzte Zeit. Mehr Informationen auf [www.4-b.ch/renovieren](http://www.4-b.ch/renovieren).

## Das neue Designfenster für die entspannteste Renovation

Das Renovationsfenster RFI design erfüllt höchste ästhetische Ansprüche. Es lässt sich individuell gestalten und sorgt dank dem maximalen Glasanteil für ein spürbar offeneres Raumgefühl. Ausserdem verläuft die Renovation besonders schonend und schnell, sodass Sie jederzeit entspannen können. Jetzt mehr erfahren und vom kostenlosen Design-Paket profitieren.\*

Profitieren Sie jetzt vom kostenlosen Design-Paket



Sichtbar weiter



## ZEIT FÜR STRESSLESS®

Wir leben in einer Welt, die zunehmend von Stress geprägt ist und wir müssen darauf achten, dass wir uns ausreichend kostbare Zeit für die wirklich wichtigen Dinge im Leben reservieren. Seit nunmehr 50 Jahren hilft Stressless® Menschen weltweit dabei, Stress zu reduzieren und durch perfekten Komfort für mehr Entspannung und Balance im Leben zu sorgen. Erfahren Sie mehr unter [www.stressless.com](http://www.stressless.com)

Testen Sie jetzt den Komfort bei Ihrem Händler vor Ort!

- |   |   |
|---|---|
| <b>AG</b><br>Hunziker, Reinach                                  | <b>SG</b><br>Delta Möbel, Haag                                  |
| <b>BE</b><br>Brügger, Spiez<br>Tanner Möbel, Gümligen           | <b>SO</b><br>Messer Wohnen, Bellach                             |
| <b>LU/ZG</b><br>Traumwerk, Ebikon-Luzern<br>Tanner Möbel, Flühl | <b>SZ</b><br>Möbel Riesen, Brunnen                              |
| <b>OW/NW</b><br>Möbel Abächerli, Giswil                         | <b>ZH</b><br>Möbel Waeber, Pfäffikon<br>Wirz Wohnen, Neftenbach |
|   | Möbel Pfister   |



NEU: Stressless® Rome mit Cross Untergestell